

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Exemplar-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag
Langgasse 21, ohne Bringerlohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus-
schließlich Beilagen. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle
Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Aus-
gabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

Tagblatthaus Nr. 6630-33.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Köhler 6202 und 6203.

Donnerstag, 3. April 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 150. • 67. Jahrgang.

Um den Frieden.

Das entscheidende Stadium.

Berlin, 2. April. Der „Temps“ meldet: Im Anschluß an die Darlegungen des Marshalls Koch scheint nun die Beratung über die Rheinfrage in ihr entscheidendes Stadium getreten zu sein. In dem einen Punkt dürfte volle Einigkeit herrschen, daß Deutschland nicht berechtigt sein soll, dort Garnisonen aufzustellen, Festungen zu halten und Kriegsinstrumente zu betreiben, und zwar nicht nur auf dem linken Rheinufer, sondern auch in einem 50 Kilometer breiten Streifen rechts des Rheins.

Die Finanzverhandlungen in Compiegne.

Berlin, 2. April. Die erste Sitzung mit den deutschen Finanzdelegierten wird voraussichtlich am Donnerstag in Compiegne stattfinden. Ihr werden die Finanzkommissare der assoziierten Mächte beizubringen. In dieser Sitzung soll der Austausch deutscher Wertpapiere gegen Lebensmittel geregelt werden. Nach den letzten Meldungen aus Paris ist es jetzt sicher, daß die deutsche Friedensdelegation von Journalisten begleitet sein wird. In Versailles werden Vorbereitungen getroffen, um die deutschen Pressevertreter besonders von den Vertretern der alliierten Presse unterzubringen.

Die Blockade.

London, 2. April. Dem Reichsamt wurde vom Blockademinister mitgeteilt, daß kein Grund zu der Annahme bestehe, daß die deutsche Blockade ganz aufgehoben würde. Sie würde nur abgemildert, um die Entsendung von Lebensmitteln nach Deutschland zu ermöglichen. Die Aufhebung der Blockade für Deutsch-Österreich gelte nicht für Ungarn.

Die Lebensmittellieferungen.

Rotterdam, 2. April. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Nieuwe Rotterdam Cour“ erklärte der deutsche Unterhändler Herr von ... daß die 70 000 Tonnen Getreide und 300 000 Tonnen Getreide, die die Entente an Deutschland zu liefern übernommen habe, für ein Teil von 70 Millionen nur eine geringe Menge darstellen. Die in Deutschland noch vorhandenen Vorräte reichen nicht aus, um die jetzt schon ungenügenden Nationen zu erhalten. Das Getreide werde nicht länger als bis 1. Juli reichen, so daß man die letzten beiden Monate bis zur neuen Ernte ohne Getreide sein würde. Wenn nicht schon in nächster Zeit die Lieferungen der Getreideexportländer überbrückt werden, sei es zu spät und die Hungersnot des Bolschewismus werde über Deutschland hereinbrechen.

Rotterdam, 2. April. Das Bureau Europapress meldet: Dem Berliner Vertreter des „Talis Telegraph“ erklärte der amerikanische Lebensmittellieferant Herr ... daß nicht nur vom politischen Standpunkt aus, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen die Entente die Blockade nicht wie möglich fröhe geschlossen werden müsse. Der deutsche Unterhändler sagte, daß sich jetzt in dem Moment der Tonnage Transports wirtschaftliche Not könne nur dann beheben werden, wenn die gesamte deutsche Tonnage für zwei oder drei Monate für den Lebensmittellieferanten zur Verfügung gestellt werde. England sei, wie er wisse, bereit, sofort 150 000 Tonnen von seinem Lebensmittellieferanten an Deutschland abzugeben. Beide Quantitäten von Lebensmitteln die alliierten exportieren müßten, um die Vorräte Europas auch nur einigermaßen mit Lebensmitteln versorgen zu können, zeigen folgende Zahlen, die Mr. ... aufzählte, die aber nur die sogenannten alliierten Vorräte umfassen. Tonnage brauchen monatlich die Polen etwa 70 000 Tonnage, die Tschechen 40 000 Tonnage, Belgien 60 000 Tonnage, Belgien braucht 130 000 Tonnage und die übrigen Völker von 60 000 Tonnage. Im gesamten bedarf man also monatlich 400 000 Tonnage Lebensmittel zu liefern. Diese Verlangung hat einen Zeitraum von 800 000 bis 900 000 Tonnage voraus.

Fische für Deutschland.

Berlin, 2. April. Die Ausfuhr der ungeheuren Mengen von Kormoren lagerten, für Deutschland bestimmten Derringen und Fischprodukten hat begonnen. In Hamburg treffen bereits fünf Dampfer mit Derringen und Fischprodukten ein. In mehreren Häfen Norwegens werden weitere Ladungen für Deutschland aufgenommen, die in diesen Tagen eintreffen.

Der Hungertypus in Pforzheim.

Berlin, 2. April. Dem „V. L.“ wird aus Pforzheim gemeldet, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Pforzheim in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Verein und dem Gewerkschaftsrat einen Aufruf zur Hilfe für die von einer Hungertypus-Epidemie heimgesuchte Stadt erlassen hat. Tausende liegen darnieder. Die Krankenhäuser sind überfüllt. Die Krankheit geht auf verschärfte Trinkwasser zurück, läßt sich aber schwer bekämpfen, weil die Einwohnerschaft durch den Hunger jeder Widerstandskraft beraubt ist. Die Arbeiterorganisationen von Pforzheim fordern von den Feinden die schnelle Aufhebung der Blockade und von den leitenden Stellen der Lebensmittellieferung sofortige Verbeisung und reichender Ernährung.

Das Schicksal Danzigs.

Berlin, 2. April. Wie der „Telegr. Comp.“ aus Genf gemeldet wird, sollen die Anweisungen Marichall Koch dem deutschen Standpunkt erheblich näher kommen. Man glaubt, daß es gelingen wird, die An-

gelegenheit auf dem Verhandlungsweg zu regeln. Über das endgültige Schicksal Danzigs meldet in einem ansehnend inspirierten Telegramm der Pariser Korrespondent des „Nieuw Rotterdam Courant“, daß man nicht darauf bestünde, Danzig vollständig zu machen. Man müsse aber den Polen den Ausweg über Danzig geben. Es würde wohl ein Mittelweg gefunden werden, der alle Parteien befriedige. Die Lösung der Danziger Frage dürfte entweder in der Internationalisierung der Stadt und der Eisenbahnlinie, die sich an das rote Kienbahnnetz anschließt oder in der Anwendung des Mandatarystems gefunden werden. Man erkenne auf jeden Fall an, daß das Element in Danzig vorherrschend deutsch wäre. Das selbe Telegramm behauptet auch, daß ähnlich ein Mittelweg für die Frage des Saargebiets gefunden werde.

Berlin, 2. April. Aus Paris wird gemeldet: Präsident Wilson und die drei Vizepräsidenten haben heute noch die notwendigen Funktionen bezüglich Danzigs. Einzelheiten über die Anweisungen sollen aber erst bekannt gegeben werden, wenn sie Deutschland zur Kenntnis gegeben sind. Im Zusammenhang mit dem deutschen Vorschlag würden die Ententebehörden es nicht als eine Verletzung des Warrentrillstandes ansehen, wenn die deutschen Behörden für die Danzig einen anderen Vorschlag vorschlagen.

Paris, 2. April. Das „Echo de Paris“ meldet: Marichall Koch ist heute nacht zur Front abgereist mit allen erforderlichen Anweisungen, um mit den deutschen Bevollmächtigten in Spa zu verhandeln. Er wird mit dem Rat der Vier in dauernder Verbindung stehen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Der französische Handel mit dem besetzten Gebiet.

Die „Humanité“ vom 27. März veröffentlicht folgende Note: Zum Vorteil des nationalen Wiederaufbaus ist im Finanzabstand mit den übrigen Verbändmächten bestimmt worden, daß, unter Abänderung der Blockadedorschriften die Handelsbeziehungen zwischen den Verbändmächtern und den besetzten rheinischen Gebieten unter gewissen Bedingungen wieder aufgenommen werden dürfen:

1. In Ausführung des Erlasses vom 15. Januar 1919 müssen die französischen Kaufleute, die von dieser Erleichterung Gebrauch machen wollen, das entsprechende Gesuch an den internationalen Wirtschaftsausschuß zu Luxemburg richten. Eine Ausnahme bilden die Hochlohringischen Kaufleute; sie haben sich, wenn sie mit den besetzten rheinischen Gebieten Handel treiben wollen, an die Straßburger Commission de derogation zu wenden.

2. Durch Verfügung der Militärbehörden des Verbands ist der Verkehr für Briefschaften des Handels und der Industrie zwischen den Verbändmächtern und den besetzten rheinischen Gebieten seit dem 18. März 1919 freigegeben.

3. Nur das internationalisierte Verkehrsministerium (Paris, Rue de Rivoli 104b) ist berechtigt, Kaufleuten oder Gewerbetreibenden, die sich wegen wichtiger Geschäfte nach den besetzten rheinischen Gebieten begeben möchten, Reisepässe dahin auszustellen.

4. In den Räumen des Landesamts für den Außenhandel (Paris, Rue de Valenciennes 3) ist eine Auskunftsstelle eingerichtet.

5. Ähnliche Maßnahmen sind auch zugunsten des Handels der anderen Verbändmächter getroffen worden.

Das Sowjet-Ungarn.

Wien, 2. April. Der „Neue Tag“ meldet aus Budapest: Der vielfache Millionär und kaiserliche Vizepräsident des „Kaiser-Rap“, Baron Ludwig Dainow, soll als Kommandant in einem Privatdetektiv eingetreten sein. Ein solches Schicksal hat eine Reihe anderer Barone erfahren, deren Vermögen konfisziert wurde. Die Flucht aus Budapest nimmt immer größeren Umfang an.

Budapest, 2. April. Gernsen sind eine Gruppe ausländischer diplomatischer Vertreter beim Volkskommissar für Auswärtiges, Herr ... unter welchen Umständen Schutz und Sicherstellung ausländischer Vermögen erfolgen sollen. Im Laufe der Woche erschießt eine Veröffentlichung zur Feststellung genauer Privilegien für ausländische Guthaben. Aus letzterer Quelle verläutet, daß die hier befindlichen österreichischen bzw. deutschen Firmen sowie österreichische Unternehmungen mit ausländischer Firma in dieser Hinsicht geschützt werden sollen. Wiener Bankverein, Anglo-Bank, Wiener Commercialbank, die hier Filialen haben, sind von der Konfiszierung ausgenommen. Der Korrespondent der „Deutschen W. A. Z.“ erzählt aus sicherer Quelle, daß eine Konfiszierung von ausländischen Fabriken (Schmelzhütten) nicht zu umgehen sein wird, jedoch werde durch eine gemischte Schatzungskommission die von der ungarischen Regierung an ausländische Staatsbürger zu zahlende Abfindungssumme festgesetzt werden.

Der Anschluß Deutsch-Österreichs.

Berlin, 2. April. Die gemischten Kommissionen zur Beratung der Anschlußfrage Deutsch-Österreichs an Deutschland treten Ende der Woche oder Anfang der nächsten zusammen. In Deutsch-Österreich ist, wie man aus Wien erfährt, alles ruhig. Trotz der starken kommunistischen Werbetätigkeit ist an eine Einführung der Räterepublik gar nicht zu denken.

Die neue Spartakusgefahr.

Rücksichtsloses Einschreiten der Regierung.

Berlin, 2. April. Zu dem Gerücht von neuen großen Unruhen in Berlin, mit deren plötzlicher Ausbruch angeblich zu rechnen sei, erfährt der „Berl. Lok.-Anz.“ von einem Regierungsvertreter folgendes: Wir sind aufs genaueste über alle Vorgänge unterrichtet und auf alle Eventualitäten hinlanglich vorbereitet. Wir würden mit rücksichtslosster Schärfe eine solche Bewegung niederschlagen. Die Reichsregierung hat keine Furcht vor scharfer Kritik. Auch die wirklichen Übergriffe der Regierungstruppen und anderer Organe werden in keiner Weise eine Milderung der notwendigen Maßnahmen herbeiführen. Einzelne Übergriffe sind allerdings über das Maß hinausgegangen, aber das Vertrauen zu den Regierungstruppen darf dadurch nicht erschüttert werden. Die Nervosität des Straßenkämpfers entschuldigt manche Tat, die, objektiv genommen, streng zu verurteilen ist. — Den „B. B. N.“ wird aus gewerkschaftlichen Kreisen noch berichtet, es sei richtig, daß in den letzten Tagen sich die Zusammenkünfte, die dem Zwecke der Entsendung eines neuen Generalkreises dienen sollen, gemehrt haben. Auch seien die Vorarbeiten im Ruhrgebiet den Berliner Generalkreisern Wasser auf die Mühle. Immerhin sind die Kreise, die einen neuen Generalkreis wollen nach den Funktionen des letzten Streikes zu schwach, um ihre Pläne verwirklichen zu können.

Der Generalkreis in Stuttgart.

Stuttgart, 2. April. Nach einer großen Versammlung der Demonstranten auf dem Wilhelmplatz kam es gestern um die Mittagsstunde in der Ludwigsstraße zu einem Zusammenstoß mit Regierungstruppen, wobei es einige Tote und Verwundete gab. Im Laufe des Nachmittags kam es dann in der Nähe der großen Infanteriekaserne zu neuen Zwischenfällen. Ein für die dort unterbrachten Truppen bestimmter Wagen mit Brot wurde von der Menge zu plündern versucht, woraus aus der Kaserne heraus Maschinengewehrfeuer eröffnet wurde. Hierbei gab es vier bis fünf Tote und mehrere Verwundete. Am Abend wurde bei einem nochmaligen Zusammenstoß in der Nähe der Kaserne noch eine Person getötet.

Stuttgart, 2. April. In Stuttgart wurde durch öffentliche Anschläge und Trommelwirbel die Verbängung des Belagerungszustandes bekanntgegeben. Die Restaurants, Theater usw. müssen um 8 Uhr abends geschlossen werden. Auch der Straßenverkehr muß bis 9 Uhr abends eingestellt werden sein.

Der Belagerungszustand über Württemberg.

Stuttgart, 2. April. Trotz Verkündung des Generalkreises erschienen heute Dienstagvormittag die Zeitungen wie immer. Auch das Fernsprekamt arbeitet mit auswärts wie immer. Die Zeitungsgebäude sind von starken Abteilungen Regierungstruppen besetzt. Das Kabinett hat den Belagerungszustand über Württemberg beschlossen. Seine Proklamierung erfolgte, heißt es, falls es zu Versuchen von Gewalttätigkeit und zu Angriffen auf Lebensmittellager kommen sollte.

Die Unruhen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 2. April. Nach den hiesigen Friedhöfen wurden bis Dienstagnachmittag sieben Leichen der bei den Plünderungen erschossenen Personen verbracht. Unter den Toten befinden sich drei Frauen. Von den Montagabend in das Heiliggeist-Hospital verbrachten verunletzten Plünderern starben kurz nach der Einlieferung fünf Personen. Die am Dienstagnachmittag angeordnete Straßenpatrouille auf 7 Uhr abends war um diese Zeit noch nicht allgemein bekannt. Hilfsmannschaften und Marine-Sicherungsdiens, die in Trupps von etwa 50 Mann die Straßen durchzogen, begannen kurz nach der Überstunde mit der Räumung. Auf dem Platz Schäfergasse-Altegasse haute sich die Menge. Plötzlich fielen Schüsse, die, wie berichtet wird, aus dem Fenster eines Hauses abgegeben wurden. Die Volksgewalt gab darauf Warnungsschüsse ab. Die Einwohner der benachbarten Häuser wurden aufgefordert, die Türen und Fenster zu schließen und die Lichter zu löschen. Auf Seiten der Polizei gab es drei Verwundete. Der Schaden, der durch die Plünderungen angerichtet wurde, läßt sich vorerst nicht annähernd feststellen. Die Liste der verurteilten Geschäfte ist größer, als die ersten Mitteilungen vermuten ließen. Jedenfalls sind Waren im Betrag von Millionen geraubt worden. Um 11 Uhr abends herrschte vollständige Ruhe in der Stadt. Im heutigen Tage sind außer der Plünderung eines Bäckereiladens in der Stolzstraße und kleineren Verbrechen in der Schürpasse keine ernstlichen Vorfälle zu verzeichnen. Im Laufe des Tages wurden noch zahlreiche Verhaftungen von Personen vorgenommen, die in der vergangenen Nacht an Plünderungen teilgenommen hatten und bei denen auch verschiedene Gegenstände gefunden wurden.

Das Lebensmittellager teilt mit: Bei den Plünderungen in der vergangenen Nacht wurde insbesondere auch das Lager heimgegründet, in dem zur Verteilung bestimmte Lebensmittel der Bezirks-Fettstelle und des städtischen Lebensmittellagers lagen. Es wurden gestohlen etwa 20 000 Pfund Butter, 10 000 Pfund Fett, außerdem 70 000 Eier, 2000 Pfund Macmelade, 300 Pfund Öl. Die gestohlene Fettmenge entspricht

der gut Verteilung an die Bevölkerung erforderlichen halben Wochenmenge. Die Eier sind der Monatsbedarf für die Krankenhäuser und Lazarette. Das Ei war zurückgestellt für die Sammler von Bucheckern. Wie sich hieraus ergibt, ist durch diese Vorkommnisse die Lieferung der Bevölkerung auf das schwerste gefährdet. Eine für die Osterwoche in Aussicht genommene wesentliche Erhöhung der Fettmenge wird durch diese Verzögerung in Frage gestellt.

Gestern hat auf Einladung des Bezirkspräsidenten eine Konferenz der Landwirte aus den Lieferungsbezirken Frankfurt, Kassel und Korbach stattgefunden. Der Kreis Korbach hat bisher kaum ein Drittel von den Kartoffeln geliefert, die er Frankfurt zu liefern hat. Man hat sich auf der Polizei verständigt, die Konfiskationsgeschäfte zu schließen, die Waren zu beschlagnahmen und nachzugeben, wobei der Zucker kommt. Auch ist die Rüchensäckerei in den Konfiskationen zu verbleiben. Nur ein Einheitsgehalt dürfte gestattet werden.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Berlin, 2. April. Im Ruhrgebiet war der Generalstreik bis gegen Mittag noch nicht ausgebrochen. In Dortmund nahm der Streik bisher keinen größeren Umfang als gestern an. Bei den aus Gelsenkirchen gemeldeten Schichtereien wurden fünf Personen getötet und mehrere verwundet. Aus Witten verlautet, daß der Streik seinem Ende entgegenzugehen scheint, teilweise wurde heute wieder gearbeitet. In der Umgegend dauerte der Ausstand unverändert fort. Aus den Pechenarlagern im Hunsrück Gebiet streifen 4000 Arbeiter. Es heißt, daß morgen der Generalstreik ausbrechen würde. Aus Bochum wird gemeldet, daß in der Arbeiterkraft große Erregung herrsche. In den Versammlungen hätten die radikalen Elemente die Herrschaft, besonnene Elemente hätten niedergeschrien.

Hoffnung auf Besserung.

Berlin, 2. April. Von ausländischer Seite erfahren wir, daß die in der Bergarbeiter-Union vereinigten spanischstämmigen Arbeiter des Ruhrreviers mit allen Mitteln versuchen, den Streik auszuheben. Die Regierung hat angekündigt, energische Maßnahmen zu ergreifen, um dem spanischstämmigen Terror mit allen Mitteln entgegenzutreten, was von den Arbeitervilligen lebhaft begrüßt wird. Die Verhandlung des Streikungszustandes hat bisher nur das Ergebnis gehabt, daß sich immer mehr Arbeiter der Arbeitwilligen anschließen. Die Mehrheit der Arbeiterschaft ist davon überzeugt, daß die Regierung ihre Forderungen in weitestgehendem Maße erfüllt hat. An ausländischer Stelle wird die Auffassung vertreten, daß der spanischstämmige Terror im Ruhrrevier binnen kurzem gebrochen sein und die Arbeit wieder aufgenommen werden wird.

Essen, 2. April. Der von spanischstämmiger Seite geplante Generalstreik der Bergarbeiter im Ruhrrevier scheint nach einer Meldung des „L.A.“ vollständig zu scheitern. Die Zahl der streikenden Ruhr-Bergleute betrug gestern 65 100 gegen 63 000 Mann von vorgestern, ist also trotz der Generalstreikprobe nur um 2000 Mann gestiegen.

Abordnungen bei der Regierung.

Weimar, 2. April. Aus dem Ruhrgebiet sind gestern zwei Abordnungen der streikenden Arbeiter bei dem Arbeitsminister Bauer in Weimar eingetroffen. Der Minister Bauer hat bereits mit ihnen Besprechungen abgehalten und wird mit ihnen gemeinsam nach Berlin reisen, um dort in enger Verbindung mit dem Reichskabinett die Aussprüche festzusetzen. Die Reichsregierung bleibt bei dem in ihrer Abordnung eingenommenen Standpunkt, daß die sechsstündige Arbeitszeit zu einem völligen Erliegen des Bergbaus und zu einer schweren Schädigung unserer innen- und außenpolitischen Lage führen würde. Die von den Bergleuten aufgestellten politischen Forderungen sind eine Regierung der Demokratie und würden die Diktatur einer Klasse bedeuten. Bleiben die Bergleute bei ihren unerfüllbaren Forderungen, so ist die Reichsregierung entschlossen, ebenso wie sie es seit der in mitteldeutschen Braunkohlenarbeit den Kampf durchzuführen und den Bergleuten die Verantwortung für das Unglück zuzurechnen, das sie damit in dieser kritischen Situation über Deutschland heraufbeschwören.

Die Verankerung des Räteystems.

Berlin, 2. April. Zur Frage der Durchführung des Räteystems teilt die „Voll. Sta.“ aus Weimar mit, daß zwischen Mitgliedern der Mehrheitsparteien und der Regierung in den letzten Tagen einhergehende Besprechungen stattgefunden haben, die zu einer Entscheidung über den einzuschlagenden Weg führten. Schon in den allerersten Tagen wurde von der Regierung ein neuer Artikel in die Verfassung gebracht, der die Verankerung enthalte. Man nehme an, daß dieser Vorschlag die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung finden werde.

Angestelltenstreik in der Großberliner Metallindustrie.

Berlin, 2. April. In der gestrigen Versammlung der Vertrauensleute der Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie wurde der Streik beschlossen und eine Streikleitung gewählt. Am heutigen Vormittag soll in allen Betrieben noch einmal förmlich über die Aufnahme des Streiks abgestimmt werden. Aus Kusschen ging jedoch hervor, daß dieses in den meisten Betrieben bereits geschehen und daß man überall entschlossen ist, in den Streik zu treten. Die Forderungen dieses Streiks sind noch nicht abzuheben; es ist mit der Möglichkeit eines Sympathiestreiks der Metallarbeiter zu rechnen.

Landarbeiterstreik in Bommern.

Stettin, 2. April. Aus Labes wird berichtet, daß auf den Rittergütern Wipfel und Ratemerndorf die Landarbeiter in den Aufstand getreten sind, um Lohnforderungen durchzusetzen. Auch in Reutkirchen erschienen Arbeiter aus Ratemerndorf mit roten Tüchern und Abzeichen und veranlaßten die dortigen Arbeiter, sich ihnen anzuschließen. Die Besitzer mußten sich entschließen, die Forderungen restlos zu erfüllen. Um Streikaktionen zu verhindern, ist ein Landarbeitergericht gegründet worden, in dem beide Teile vertreten sind.

Demonstrationsstreik in Kassel.

Kassel, 2. April. Alle Arbeiter der Textilfabriken sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Es wurden Demonstrationen durch die Hauptstraßen der Stadt gemacht.

Schließung der Hochschulen?

Weimar, 2. April. Eine deutsche nationale Anfrage in der Nationalversammlung nimmt Bezug auf die Beurlaubung akademischer Kreise durch die angebliche Absicht der Regierung, Unversitäten und Hochschulen zu schließen, um auf die akademische Jugend einen Zwang auszuüben, sich ausnahmslos für militärische Zwecke zur Verfügung zu stellen; sie steht in einer solchen Schließung einen Akt der Ungerechtigkeit gegen das allgemeine Interesse, zumal ein erheblicher Teil der Studierenden im gegenwärtigen Zwischenkriegszeit

aus Kriegsbeschädigten und ehemaligen aktiven, namentlich älteren Offizieren besteht, die physisch und geistig durch den Krieg mitgenommen, bestraft sein müßten, sich endlich eine Existenz zu schaffen. Die Regierung wird gefragt, ob solche Absichten einer vorläufigen Schließung der Hochschulen durch die Einzelregierungen bestehen und ob sie jemals ist ihren Einfluß bei den Einzelregierungen gegen solche Absichten geltend zu machen.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Ein Norden um Zentralerropa.

Boston, 2. April. Die aus Paris gemeldet wird, soll die kommunistische Weltrevolution in Zentralerropa in der Weise unterdrückt werden, daß rumänische, griechische, serbische, ungarische und tschechische Truppen unter französischem Oberbefehl vereint werden, die einen engen Norden um Zentralerropa ziehen. Man will auf diese Weise den Herd der alles wirtschaftliche Leben ruinierenden Bewegung im Osten zerstören. England und Frankreich sind allerdings im Augenblick noch gegen diesen Plan Entschlüsse fassen noch im Laufe dieser Woche gefaßt werden.

Ausbreitung des Bolschewismus in Ungarn.

Wien, 2. April. Das „Allgemeine“ meldet: Nach Berichten aus Oedenburg angekommenen Kreisen dehnt sich die ungarische bolschewistische Partei auf die umliegenden Gebiete aus. Die in Oedenburg einwirkenden Arbeiter-Gewerkschaften in den Kirchen die Pforten und vertrieben die Geistlichen und Nonnen aus den Schulen. Die Gewerkschaften haben geschlossen. Nichts darf verkauft werden. In Stuhlweißenburg sollen zwischen den roten Gewerkschaften und der Zivilbevölkerung Schießereien verkommen sein.

Der Bolschewismus in Tschechien.

Wien, 2. April. Nach einer Wiener Blättermeldung fand dort eine sozialistische Gewerkschaftsversammlung statt, in der beschlossen wurde, überall Arbeiterräte zu bilden, um den Kampf um die Diktatur des Proletariats aufzunehmen.

Amerika und Zentralerropa.

Kassel, 2. April. Nach einer Meldung der Agence Radio aus Paris erklärte Wilson einer in Paris eingetroffenen amerikanischen Abordnung, daß die Vereinigten Staaten in keinem Falle Truppen nach Zentralerropa entsenden und auch die in Rußland stehenden Truppen zurückziehen würden, sobald die Sicherheit dies gestatte.

Osage, 2. April. Drahtlos empfangene Auszüge aus der amerikanischen Presse stellen fest, daß Wilson bestimmt gegen ein militärisches Eingreifen in Rußland ist, weil der Versuch doch misslingen würde. Lloyd George unterstützt Wilson in dieser Ansicht und ist ebenfalls gegen eine Abzerrung von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere.

Die Rückkehr der Reichsdeutschen aus Ungarn.

Budapest, 2. April. Ungarisches Korrespondenz-Bureau. Angehörige der Deutschen Reiches, die mit dem in dieser Woche von Budapest abgehenden Dampfer in die Heimat zurückkehren, dürfen Wertpapiere, Schmuckgegenstände und sonstige Wertgegenstände sowie Bargeld im Höchstbetrage von 1000 Kronen bei der Bank haben und mit sich nehmen.

Auch Herr v. Tirpitz schreibt Memoiren.

Berlin, 2. April. Auch Tirpitz schreibt, wie er in der Presse mitteilen läßt, Memoiren. Seit Oktober v. J. ist er damit beschäftigt. Er denkt bis Anfang Mai seine Arbeit zu beenden.

„Unstimmigkeiten“ bei der Berliner Kommandantur.

Berlin, 2. April. Der bisherige Stadtkommandant von Berlin, Klamunde, ist gestern seines Amtes enthoben worden. Mit der vorläufigen Wahrnehmung der Amtsgeschäfte wurde das Mitglied des Nord-Soldatenrats Kellner betraut. Die Abweisung Klamundes ist in erster Linie durch die letzten Unruhen verursacht, während deren Klamunde einerseits mit der republikanischen Soldatenwehr, auf der anderen Seite mit den militärischen Befehlshabern der Regierungstruppen in Konflikt geraten ist. Auch sonst sollen in Bezug auf seine Amtsführung verschiedene Verstöße festgestellt worden sein.

Ein Welt-Pressekongress.

Amsterdam, 2. April. Dem „Nieuwe Courant“ zufolge wird auf Anregung des australischen Premierministers in diesem Jahre ein Welt-Presse-Kongress in Australien abgehalten werden, zu dem jeder Journalist der ganzen Welt eingeladen ist.

1,3 Milliarden Mark Kapitalertragssteuer.

Das im Entwurf des Reichsschatzamtes vorliegende Kapitalertragssteuergesetz bedeutet eine bewusste Doppelbesteuerung, nämlich die des mobilen Kapitals, wobei von dem Grundlag ausgegangen wird, daß das arbeitsschaffende Renteneinkommen stärker zu den Steuerlasten herangezogen werden soll als das erarbeitete Einkommen. Die mit 10 Prozent bemessene Kapitalertragssteuer weist einen Steuerfuß auf, wie er bisher in der Kapitalertragssteuergesetzgebung noch nicht vorgekommen ist. Nach der Schätzung des Reichsschatzamtes soll denn auch diese Steuer — falls die deutsche Nationalversammlung den Entwurf in dieser Form akzeptieren sollte — einen Ertrag von nicht weniger als 1,3 Milliarden Mark jährlich erbringen, was den höchsten Rekord in Bezug auf das Ergebnis aller bisherigen direkten oder indirekten Reichsteuern darstellen würde.

Die Kapitalertragssteuer soll 10 Prozent betragen, und zwar werden grundsätzlich alle Erträge von ruhender Kapitalien durch die Steuer getroffen, also Dividenden inländischer Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien usw., Zinsen aus inländischen festverzinslichen Krediten, aus Sparkassen- und Bankguthaben, aus anderen Darlehen einschließlich stiller Beteiligung, Hypothekenzinsen usw., sowie Erträge aus Auslandskapital. Um jedoch eine direkte Doppelbesteuerung des Kapitalertrags zu vermeiden, sind im § 3 gewisse Ausnahmen vorgesehen. So sind die den Kreditinstituten, Banken usw. zufließenden Erträge von der Steuer befreit, da ja schon der Zinsbesitzer, Vorkaufsgläubiger usw. die Steuer bezahlen muß. Auch sieht § 14 die Rückhaltung der Steuer für Besitzer von Kriegsanleihen, die Kredit haben aufnehmen müssen, auf Antrag insoweit vor, daß keine Schenkung durch Doppelbesteuerung für sie eintritt. Auch sonst sollen Einnahmen durch Doppelbesteuerung tunlichst vermieden werden. § 21 nimmt hierbei noch besonders Bezug auf Fälle, wo arbeitsschaffende und alte Personen infolge der Verrentung der Kapitalrenten in ihrer materiellen Existenz gefährdet würden. Dagegen sind Ausnahmen für Wohlhabende in der Form abgelehnt, wobei man von der Ansicht ausgeht, daß, wenn auch die Leistungen der Anleihen dadurch verringert werden, eben alle Bevölkerungsklassen herangezogen werden sollen.

Die Art der Steuererhebung ist zweifellos die denkbar einfachste, weil sie an der Quelle erfolgt. Da der Zins- oder Dividendenbesitzer die Steuer bei Auszahlung der Zinsen oder Dividenden dem Gläubiger in Abzug zu bringen hat, um sie an die Steuerbehörde abzuführen, so glaubt man den Ertrag aus dem mobilen Kapital nahezu restlos erfassen zu können. Es würde also in der Praxis eine 10prozentige Abzinsung des dem Aktionär nur mit 9 Prozent ausgeschütteten, und der 4prozentige Zinsbesitzer einer Anleihe würde nur 8,6 Prozent erbringen, während der Rest direkt als Steuer an den Staat geht. Bei allen anderen steuerpflichtigen Erträgen hätte der Schuldner bei jeder Auszahlung dem Gläubiger eine schriftliche Mitteilung zu machen, die mit einer Stempelmarke in Höhe des Steuerbetrags zu versehen ist, während der Zinsbetrag um die Steuer gekürzt ausbezahlt ist. Et auf diese Weise Schiedungen zwischen Gläubigern und Schuldern ganz zu vermeiden, bleibt abzuwarten; günstig wird nach dieser Richtung hin die Devisenpolitik wirken, daß beim Einfließen einer Forderung die Steuerhinterziehung an den Tag kommen könnte.

Steuertechnisch etwas nach dem § 7 an, wonach eine Vereinbarung, daß ein Zinsgläubiger die Steuer für den Gläubiger übernimmt, für ungültig erklärt wird, da die Steuer durch die Kapitalisten getragen werden soll. In der wirtschaftlichen Praxis regelt sich diese Dinge ganz anders als durch Paragraphen; die Abwälzung auf den Schuldner wird eben ganz überwiegend in der Weise erfolgen, daß der Zinsfuß um den Steuerbetrag sinkt. Das wird einschneidende wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich bringen, so für die ohnehin sehr hoch verzinsten zweiten Hypotheken, ferner für die Versicherungsgesellschaften, die, so weit sie nicht ihr Kapital höher anlegen können, zu einer Erhöhung der Prämien veranlaßt werden könnten.

Sehr groß werden die Schwierigkeiten natürlich im Abrechnungsstadium sein, doch wäre wohl der fünfprozentige Zinsgläubiger sich in absehbarer Zeit eine einflussreiche gefolgt, was nun allerdings durch die neue Steuer verhindert werden würde. Besondere steuerrechtliche Schwierigkeiten und finanzielle Bedenken, werden sich für diejenigen Einzelstaaten ergeben, die, wie A. O. Bayern, schon eine besondere Kapitalertragssteuer haben, und von den Einzelstaaten dürfte auch die zu erwartende Opposition in der Nationalversammlung gegen das Gesetz ausbleiben. Am übrigen sei zum Trakt für diejenigen, die etwa darüber trauern wollten, daß hier nur das mobile Kapital herangezogen wird, vertragen, daß auch das im mobile Kapital nicht verschont werden soll. Denn es wird ja über kurz oder lang die schon angekündigte große Vermögensbesteuer kommen, die progressiv sein und nach dem bisherigen Plan bei den kleinen Vermögenswerten zu 20 oder 30 steigen soll, so daß also der Steuerfuß die bewegliche und unbewegliche Gabe gleich ausgiebig erfassen wird.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Entschädigungen des Reiches für Quartierleistungen und Requisitionen in den besetzten Gebieten.

Die „Allg. Volksztg.“ schreibt: Nach den Verfassungsverordnungen müßte Deutschland die Kosten des Unterhalts der alliierten Besatzungstruppen im linksrheinischen Gebiet und den Brückenköpfen von Köln, Koblenz und Mainz mit Ausnahme von Uckermark übernehmen. Die Anforderungen, welche die Besatzung an die Bewohner der besetzten Gebiete stellt, sind so bedeutend, daß fast alle Gemeinden sich genötigt sehen, an die betroffenen Einwohner Vorschüsse zu zahlen, bevor die Frage der Erstattung ihrer geleisteten Requisitionen gelöst werden kann. Letzteres ist inzwischen erfolgt; die deutsche Nationalversammlung hat am 2. März ein Gesetz über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet und über die vereinfachte Abrechnung von Requisitionen für das deutsche Volk verabschiedet, das in Nr. 32 des Reichsgesetzblatts veröffentlicht worden ist. Inwieweit der Reichstag in einzelnen besonders stark in Anspruch genommenen Gemeinden dringend geworden war, tritt der Abgeordnete Dr. Gehl und Genossen gleich beim Zusammentritt der versammelnden preussischen Landesversammlung den Antrag, die preussische Regierung möge bei der Reichsregierung veranlassen, daß den betroffenen Gemeinden schleunigste Vorschüsse auf die zu vergütenden Leistungen ausbezahlt würden. Ferner wurde in dem Antrag das Verlangen ausgedrückt, daß die zur Feststellung der Entschädigungsbeträge einzuschickenden Kommissionen aus ordnungsgemäßen Personen unter Vorsitz eines Vertreters der Reichsregierung gebildet werden.

Als der Gang der Beratungen der preussischen Landesversammlung erkennen ließ, daß dieser Antrag in dem ersten Sitzungsdienstag nicht mehr zur Verhandlung kommen würde, wandte sich einer der Mit-Antragsteller, Abg. Oster (Euskirchen), direkt an den neuen Minister des Innern Deine und erbat dessen sofortigen Eingreifen. Der Minister erklärte sich bereit, einen Verzicht des Staatsministeriums herbeizuführen, auf Grund dessen er sich unverzüglich im Sinne des Antrags an die Reichsregierung wenden würde. Er wünschte zu diesem Zweck eine schriftliche Vorlage nicht langer Begründung. Noch vor dem Auseinandergehen der Landesversammlung am letzten Samstag haben infolgedessen die Vertreter der besetzten Gebiete eine Eingabe an den Minister des Innern gerichtet, in der u. a. ausgeführt wird: Da bei der Geldrücklage des Hauses nicht zu erwarten ist, daß unter Anstand noch in dem heutigen Sitzungsdienstag zur Verhandlung kommt, andererseits aber ein dringender Notstand vorliegt, ersuchen wir uns, Geo. Excellenz zu bitten, das preussische Staatsministerium zu veranlassen, im Sinne unseres Antrags bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß

1. den in Betracht kommenden Gemeinden unverzüglich angemessene Vorschüsse gezahlt werden;

2. die Bestimmungen im § 1b des Gesetzes (wonach auch solche Leistungen vergütet werden, die notwendig waren, um die feindlichen Anforderungen zu erfüllen) in einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden wohlwollenden Weise ausgelegt wird;

3. in den zu erwartenden Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz verfügt wird, daß die zur Feststellung der erforderlichen Entschädigungen einzuschickenden Kommissionen aus ordnungsgemäßen Persönlichkeiten unter dem Vorsitz eines wohlwollenden des Deutschen Reichs gebildet werden.

In der Begründung dieses Antrags heißt es u. a.: Die Gemeinden im besetzten Gebiet werden durch die hohen Kosten der Requisitionen und die Vorschüsse auf die Quartierleistungen ihrer Einwohner weit über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinaus angegriffen. Da nach der Bestimmung des Reichsgesetzes erst nach der Feststellung der Entschädigungsbeträge Zahlung geleistet wird, was unter Umständen lange Zeit dauern kann, ist es unbedingt nötig, daß den Gemeinden schleunigst angemessene Vorschüsse gezahlt werden. Wenn das Reich nicht auf diese dringende Erlaubnis eingeht, wäre zu erwarten, daß nicht nur die Verdrückung ausbleibt und später mit dem Reich verreckt. Weiter wird dann ausgeführt, daß die in dem Kriegsteilnahmengesetz vom 18. Juni 1873 festgestellten Entschädigungssätze für Quartierleistungen den Anforder-

ungen der Befehlstruppen, abgesehen von der gewaltigen Teuerung der Wohnungen und aller Gegenstände des täglichen Bedarfs in keiner Weise entsprechen, weshalb eine maßgebende Auslegung der oben angeführten Bestimmungen im § 1b nicht mehr als recht und billig ist. Die zu ermittelnden Ausführlingsbestimmungen zu dem Gesetz vom 2. März 1918 sollen fremde Kommissionen zur Abschätzung der Schäden unter Umgehung ortsständiger Sachverständiger verfahren. Mit Recht wird zur Begründung der Forderung, daß die Kommissionen in der Hauptsache aus orts- oder freizeiteingesessenen Persönlichkeiten zu bilden sind, die Befürchtung ausgesprochen, daß durch das Herumreisen fremder Kommissionen die Abschätzung verteuert und verzögert wird und die berechtigten Ortsinteressen falsch beurteilt werden.

— Tarifabschluß im Hochbaugewerbe. Im Reichsarbeitsministerium haben unter Leitung des Regierungsrats Dr. Sittler wichtige Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstarifs für das Hochbaugewerbe stattgefunden. Sie haben nunmehr zu einer vollständigen Verständigung geführt, deren endgültige Annahme den Verbänden vorbehalten wird. Die örtlichen Verhandlungen über die zur Durchführung des Reichstarifvertrages erforderlichen Arbeits- und Lohnsätze sollen sofort beginnen und noch im Monat April zu Ende geführt werden. Die seit längerer Zeit andauernden Verhandlungen über die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen im Tiefbaugewerbe werden am 15. April gleichfalls im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt werden.

— Abschaffung des Telefonabonnements? Im Reichspostamt finden wie eine Nachrichtenstelle zu berichten weiß, gegenwärtig Besprechungen über eine eventuelle Veränderung im Fernsprechwesen statt. Wie es heißt, soll von dem Telefonabonnements Abkündung genommen werden, um dafür den öffentlichen Stellen für jedes Gespräch einzuführen. In ausübender Stelle ist man der Ansicht, daß nicht nur in Berlin, sondern auch im Reich viel zu viel gesprochen wird und das Telefon weit über Gebühr in Anspruch genommen wird. Auf diesem Weg hofft man, den Fernsprecherbetrieb einzudämmen.

— Zur Mehl- und Speiseverteilung. Das von der französischen Behörde in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellte Mehl ist teils helles französisches Mehl, teils sogenanntes dunkles deutsches Mehl. Der Mehlmarkt wird bemüht bleiben, daß diejenigen, die jetzt dunkles Mehl bekommen, bei der nächsten Verteilung helles erhalten.

— Auskunftsstellen über Versorgung. Bei den Versorgungsämtern der General-Kommandos befindet sich je eine Auskunftsstelle für Offizier-Zivilversorgung, ebenso beim Kriegsministerium. Die im Bereich des 18. Armee-Korps eingerichtete Auskunftsstelle führt die Bezeichnung „Auskunftsstelle für kriegsbeschädigte Offiziere beim Versorgungsamt 18. Armee-Korps Frankfurt a. M., Theaterplatz 4-6“. Ihre Tätigkeit begreift, den im Korpsbereich des 18. A. M. sich aufhaltenden Offizieren und höheren Militärbeamten des deutschen Heeres, der Marine und der Schutztruppen, die durch eine Kriegsschädigung oder aus anderen Gründen zum Auscheiden aus dem Wehrdienst gezwungen sind, den Übergang in einen zivilberuflichen Berufsstand, nachweislich geeigneter Ausbildungsmöglichkeiten, Erleichterung und Nachweis geeigneter Stellen im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst sowie in privaten Betrieben zu erleichtern. Auch inaktive Offiziere und solche Offiziere des Urlaubsdienstes, die sich bereits in einem bürgerlichen Beruf befinden haben und durch eine Dienstschädigung zum Berufswechsel gezwungen sind, werden beraten. Ferner können auch andere Offiziere des Wehrdienstes sowie Mannschaften und Fahnenjunker, die einer Berufshilfe bedürfen, die Auskunftsstelle in Anspruch nehmen, so weit die Verhältnisse dies gestatten. Bei mündlicher oder schriftlicher Erteilung. Auf dem Gebiet der Offizier-Zivilversorgung ist auch der Deutsche Hilfsbund für kriegsbeschädigte Offiziere, e. V., Berlin W. 9, Potsdamer Straße 21, tätig. Die von ihm unter dem Namen „Deutscher Hilfsbund“ herausgegebene Wochenchrift, welche auch Stellenangebote anzeigt und Stellenofferte aufnimmt, kann bei der Auskunftsstelle

sowie bei den Bezirkskommandos (Kontrollamt) eingesehen werden. In den vom Kriegsministerium herausgegebenen „Anstellungs- und Stellenangeboten“ werden Bekanntmachungen (amtliche Mitteilungen, Stellenangebote und Stellenanfragen) für kriegsbeschädigte oder versorgungsberechtigte Militärpersonen und Hinterbliebene von Heeresangehörigen veröffentlicht. Diese Zeitschrift liegt bei den Truppenteilen, Bezirkskommandos (Kontrollamt), Meldeämtern, in Lazaretten und Offizierspesseren aus.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

*** Russisches Landestheater.** Am Freitag findet ein einmaliges Gastspiel von Künstlern der „Comedie Francaise“ und des „L'Opera“ in Paris statt. Gegeben wird „Le Mariage de Figaro“ von A. Daubert mit der Musik von G. Bizet. Die Vorstellung findet bei aufgehobenem Abonnement statt und den ersten Preisen wie die Vorstellungen des Theaters „Le Grand St. Martin“. Beginn 6 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Der Vorverkauf beginnt am Freitagabend.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

— Frankfurt a. M., 3. April. Vom 1. April ab ist endlich dem allgemeinen Wunsch nach Schnellzugverbindung Frankfurt-Berlin Rechnung getragen und ein 12-Jug-Vzug nach folgendem Plan eingerichtet worden: Frankfurt-Hauptbahnhof ab 7 1/2 Uhr mittags, Eisenach an 12 03, Berlin an 7 06 Uhr abends, Berlin ab 7 15 Uhr mittags, Eisenach an 2 13 Uhr, Frankfurt-Hauptbahnhof an 4 37 Uhr mittags. Seit 1. April verkehren auch wieder die Personenzüge Frankfurt-Hauptbahnhof ab 11 Uhr mittags über Fulda-Pöhl. Berlin-Anhalter Bahnhof an 6 Uhr mittags, Anhalter Bahnhof an 12 Uhr, nachts, über Biedra, Hauptbahnhof an 6 03 Uhr nachmittags. Diese Züge halten auf allen Zwischenstationen. Die beschleunigten Personenzüge ab Hauptbahnhof 12 30 Uhr nachmittags und an Hauptbahnhof 6 43 Uhr nachmittags, nach Fulda-Pöhl von Biedra fallen von diesem Tage an aus. Ein Querschnitzwerk fährt zwischen Berlin und dem Orient über Leipzig, den Elbogen, Weiden, Gera, Tschirn, Eintracht, Agram und Bielefeld. Wie er sich in einem Teil über Bielefeld, Konstanz und Odenwald und einem Teil über Bielefeld, Konstanz und Odenwald verzweigt wird. Der Zug wird in Berlin an den Zug London-Göteborg und in Weiden an den Schnellzug über Bielefeld, Konstanz, Agram und Bielefeld angeschlossen. Ein Teil dieses Zuges wird ab 15. April, der andere ab 1. Mai verkehren.

Sport.

*** Fußball.** Am Sonntag spielte eine zusammengestellte Mannschaft des Fußballvereins Germania in Kassel gegen eine gleiche der dortigen Fußballvereine, B. S. Germania war die ganze Spielzeit überlegen und konnte mit 15:0 als Sieger den Platz verlassen.

Gerichtssaal.

FC. Preussisches Militär-Feldgericht Wiesbaden-Land. Zu dem Richter sein Richter in Friedrich Lam eines Tages die Frau H. von da und hat ihn unter Tränen, er möchte auf ihren nach Kassel lauterden Ausweis nach Frankfurt a. M. legen. Als sie sich aus Gefälligkeit „Frankfurt“ auf den Ausweis, da das Bitten und Weinen der Frau ihn irritierte. Die Frau wurde mit diesem gefälschten Ausweis kurz darauf abgefahren. Das Gericht verurteilte H. zu 14 Tagen Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, der Frau H. wurden wegen Verurteilung des gefälschten Ausweises 200 M. Geldstrafe für Monate Gefängnis auferlegt. — Der Volontär L. in Scherstein hatte sein deutsches Militärpasseport nicht abgegeben und bedachte während eines Streifens seine Frau mit Totschlag. Der Schwieger-vater zeigte den Verfall der französischen Behörde an. Urteil: 1 Tag Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. — H. B. in Bielefeld wurde wegen Unhöflichkeit gegen einen französischen Offizier in eine Strafkolonie, vier Tage Gefängnis und 20 M. Geldstrafe. — Karl W. in Mainz-Kamernburg, Christian und Johann H. wurde der Gefährlichkeit, sämtlich aus Mainz-Kamernburg, waren in die Kaserne an der Kaiserstraße bei Friedrich eingetrieben und hatten aus einem Monatskammer Heidenreich geschossen. Beim Verlassen des Kasernengeländes nahm der Leuten sie fest. Die Väter der jungen Leute wurden zu 100 bzw. 50 bzw. 200 M. Geldstrafe verurteilt. — Ernst C. aus Bielefeld hatte einen Ausweis, der gültig bis Kassel war. Dort verurteilte er durch die französische Polizei durchgeschleichen, um nach Frankfurt zu gelangen. Der Vorfall sollte ihn aber noch rechtzeitig ab und schickte ihn zurück. C. verurteilt aber nochmals durchgeschleichen. Auch der zweite Versuch missglückte. Urteil 50 M. Geldstrafe bzw. 14 Tage Gefängnis.

Handelsteil.

Berliner Börsenkurse.

An der Berliner Börse notierten am 1. April: Schultze-Br. 250.—, Schantung-Eis. 137.50, Hamb. Packet. 81.—, C. Disk. B. Hmb. 126.50, Larnst-Bank 121.—, Mitteld. Kr.-B. 126.50, Nationalb. f. D. 108.57, Osnabr. Bank 131.50, Osterr. Kredit 122.50, Reichsbank 125.—, Deutsche Bank 218.—, Disk.-Komm.-A. 177.50, Dresdner Bank 150.—, F. von. Kredit-A. —, Akkumulat.-F. 232.75, A.-G. f. Anilin. 215.—, Adlerwerke 250.—, Augsb. Nürnberg. 193.—, Bochum. Gußst. 182.—, Luderus Eisenw. 126.12, Chem. F. Grösch. 187.50, Chem. F. Weiler 161.—, Dsch. Erdöl-A.-G. 255.—, D. Kaliwerke 172.50, L. W. u. Mun.-F. 126.—, Dürkoppwerke 285.—, Gelsenk. Berg. 169.25, Gels. Gußst. 170.25, Gerresch. Glash. 231.50, Goldschmidt, Th. 229.50, Anat. Eisenb. —, Prinz-Heir. B. 100.—, Hansa Dampfesch. 289.—, Nordd. Lloyd 91.25, Badische Anilin 264.—, Bergmann Elek. 156.—, Rismarckhütte 188.50, Bochum. Bergw. —, Daimler Mot. 220.50, D. Obers. Elek.-G. 180.—, Elberf. Farbenf. 269.50, Frchw. Bergw. 235.—, Felten u. Gußl. —, Friedrichshütte 244.—, Gasmotor Drutz 115.—, Geisweider Eis. 156.—, Harb. Berg.-G. 145.50, Hasper Eisenw. 138.—, Hirsch. Anfeim. 162.—, Hirsch-Kupfer 167.—, Höchst. Farbw. 256.50, Heesch, Stahlw. 204.25, Hohenlohe. 106.75, Mannesmann. 173.75, Oberschl. Eis.-B. 128.50, Oberschl. Eisenw. 153.75, Oberschl. Koks- u. Eis. 199.—, Rh.-Nass. Bergw. 196.—, Rh. Stahlw. 128.75, Romisch Hütte 157.—, V. Glauert. Elberf. 434.—, Ver. Stahlw. 180.—, Vogtl. Masch. 255.50, Westere. Alkal. 221.87, Westere. V.-A. 100.70, Krupp. Metall 282.75, Lahmeyer u. Co. 110.87, Laurahütte 146.—, Linde's Eis.-w. 151.50, Linde u. Hofmann —, Oresstein u. Koppel 172.50, Plösch Bergw. 184.12, Rh. Braunkohl 248.50, Rhein. Metallw. —, Rhein. Metallw. V.-A. 189.75, Schenker u. Co. 152.12, Siemens n. Halske 144.—, Stolberg Zinkh. 119.—, Tietz Lechr. 121.50, Ver. Köln-Rott. 182.87, Westf. Korf. 120.95, Witten. Gußst. 186.—, Zellulose Waldh. 209.00, Otavi Minen 139.50, Otavi Genußsch. 118.—.

Berliner Devisenkurse.

W. T. R. Berlin, 1. April. Telegraphische Auszahlungen für:
Holland 445.07 1/2, Mk. 445.51 1/2, für 100 Gulden
Dänemark 277.00 1/2, „ 273.51 1/2, „ 100 Kronen
Schweden 292.73 1/2, „ 293.23 1/2, „ 100 Kronen
Norwegen 283.75 1/2, „ 284.25 1/2, „ 100 Kronen
Finnland 218.75 1/2, „ 219.00 1/2, „ 100 Kronen
Österreich-Ungarn 47.45 1/2, „ 47.55 1/2, „ 100 Kronen
Polen 60.00 1/2, „ 60.00 1/2, „ 100 Lwys
Konstantinopel 60.00 1/2, „ 60.00 1/2, „ 1 Türk. Pfd.
Spanien 159.00 1/2, „ 160.00 1/2, „ 100 Peseten
Helsingfors 102.73 1/2, „ 103.25 1/2, „ 100 Fmk.

Antileche Wechselkurse der Notenbanken.

Deutsche Pl. 5.00, Belg. Plätze 6.00, Ital. Plätze 5.00, Kopenhagen 5.00
London . . . 5.00, Wien . . . 5.00, Lissabon . . 5.00, Stockholm . 7.10
Paris . . . 5.00, Schweiz. Pl. 5.00, Madrid . . 4.50, Petersburg 5.00
Amsterdam 4.50

Ausländische Wechselkurse.

W. Amsterdam, 31. März. Wechsel auf Berlin 22.50 (letz. 22.50), auf Wien 9.— (6.57 1/2), auf die Schweiz 49.30 (49.30), auf Kopenhagen 62.50 (62.60), auf Stockholm 67.14 (67.15), auf New York 140.95 (249.50), auf London 11.47 (11.50 1/2), auf Paris 41.— (41.80).

Industrie und Handel.

* England gibt die Ausfuhr von Baumwollgeweben frei. Berlin, 1. April. Die englische Regierung hat das Verbot der Ausfuhr von Baumwollgeweben aufgehoben und die Ausfuhr von Baumwollgeweben für 200 Mill. M. freigegeben.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptredakteur: H. Hegerdort.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Hegerdort; für politische Nachrichten: H. Hegerdort; für den Unterhaltungs- und Sportteil: H. Hegerdort; für den Lokal- und provinziellen Teil und Übersetzungen: H. Hegerdort; für den Handel: H. Hegerdort; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: H. Hegerdort, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der S. Schellendberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.
Sprechstunden der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Waschpaste
von hoher Schaum- und Reinigungskraft
10 Pfd. Mk. 22.—
Drogerie Moebus, Taunusstr. 25.
2007 Fernsprecher 2007.

Post-Karton
Eiorkartons,
Dosen fettlicht,
Pack-, Pergament-
und
Einwickelpapiere,
Carl J. Lang, Bleichstr. 35, Ecke
Walramstr. Tel. 4747. Kordel. B 4577

An die behördlichen und privaten Druckauftraggeber!
Auch das deutsche Buchdruckgewerbe ist (hauptsächlich infolge der Lohnbewegungen in den Berliner Metallindustrien) durch
abermallige bedeutende Teuerungszuschläge auf die Löhne
belastet worden, denen, trotz des Widerstandes der Arbeitgeber, durch eine Verfügung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung gesetzliche Kraft verliehen worden ist. Es kommen hinzu die Einführung des Achtstundentages, die Pflicht der Wiedereinstellung unserer aus dem Feind zurückgekehrten Arbeiter trotz grosser Beschäftigungslosigkeit der Betriebe und die allgemeinen Betriebs- und Verkehrsschwierigkeiten. — Wir sind deshalb gezwungen, unsere
Druckpreise zu erhöhen
und halten uns versichert, dass unsere Auftraggeber sich der Unvermeidlichkeit dieser Erhöhung nicht verschließen werden, weil hierin die einzige Möglichkeit liegt, das Buchdruckgewerbe lebensfähig zu erhalten. — Wir bitten aber auch des weiteren,
nicht mit Aufträgen zurückhalten zu wollen
denn nur dadurch, dass den Betrieben Aufträge erteilt werden, kann der Arbeitslosigkeit mit ihren weitgehenden Folgen gesteuert werden.
Deutscher Buchdrucker-Verein
Bezirk Wiesbaden.

Arbeits-Hosen
gute Strapazierqualität
(kein Ersatzgewebe)
Mk. 33.— und 35.—

Heinrich Wels
Kirchgasse 64
gegenüber Mauritiuspl.

Waschpaste,
vorzüglich zum Kochen der
Wäsche, empfiehlt
Gustav Ertel,
Eisenfabrik, 372
Langgasse 17. Tel. 91.

Celluloid-Spangen
repariert
Damen-Frisur-Dette
Michelsberg 6

Sammetweich
wird die Haut bei Ge-
brauch meiner herrl. bitt.
Glycerinmilch
Flasche 2.75 Mk. Drogerie
Moebus, Taunusstr. 25.

Strohputzlacke
in allen Farben 300
Drogerie Moebus 25
Taunusstrasse
Start. Rüdiger
Sammernannstr. 1, Bremerf.

Angindeholz per 3tr. Mk. 7.20
Abfallholz per 3tr. Mk. 5.60
frei ins Haus liefert **W. Gail Wwe.,**
2 Wiesbaden, Schwabacher Straße 2. Telef. 84.

Spezial-Haus
feiner
Haar-
arbeiten
Transform. Frisettes
in naturgetreuer Ausführung.
Kästner & Jacobi
Tel. 5959. Taunusstrasse 4.
Haarfärben. Manicure.

Vergrößerung
billigst, auch nach dem ältesten Bilde,
liefert in bester Ausführung unter Garantie
der Ähnlichkeit **Samson & Co.,**
un-1 Haltbarkeit
Phot. Ateli r und Vergrößerungs-Anstalt
Gr. Burgstraße 10.

Bekanntmachung

betreff. Grabpflege auf den hiesigen Friedhöfen.

In der Voraussetzung, daß sich die allgemeinen Verhältnisse bessern würden, hatten wir für Grabpflanzungen und Pflege während des Krieges eine Preissteigerung von 30 % eintreten lassen. Da nun aber unsere Bedarfsartikel sowie die Arbeitslöhne weiterhin ganz erheblich gestiegen sind, ist es uns nicht mehr möglich zu den bisherigen Preisen weiterzuarbeiten. Einen Zuschlag um weitere entsprechend notwendigen Prozentsätze glauben wir nicht anwenden zu können, da diese Mehrausgabe für viele unserer Kunden mit ihrem Einkommen nicht in Einklang zu bringen ist. Um nun allgemein gerecht werden zu können, haben wir einen Mindestpreis nur für den aufzuwendenden Arbeitslohn zur Unterhaltung (das heißt Begießen und Reinhaltens) festgesetzt. Alle Anpflanzungen von Blumen und Lieferung von notwendigem Material muß besonders berechnet werden und bleibt dem Wunsche unserer Auftraggeber überlassen. Die Preise für Unterhaltung, Pflanzen und Material sind in allen Friedhofsgärtnereien gleich. Es ist somit jedem unserer Kunden Gelegenheit gegeben, nach seinem eigenen Ermessen die Gräber seiner Verstorbenen schmücken und anpflanzen zu lassen. Wir bitten verständlich zu wollen, daß uns die bestehenden Verhältnisse zu dieser Maßnahme zwingen und hoffen bestimmt, daß diese Preissteigerung nur vorübergehend ist.

Wir nehmen an, daß diejenigen unserer Kunden, die uns bis 15. April 1919 keinen ablagenden Bescheid zukommen lassen, sich mit dieser Bekanntmachung einverstanden erklären.

Die Friedhofsgärtnereien:

Karl Becker, Inh. Adolf Becker, Platter Straße 164,
Karl Becker, Inh. Aug. & Ernst Becker, Platter Straße 11,
C. Brömser, Inh. W. Schott, am Südfriedhof,
Th. Bühler, Platter Straße 172,
J. Kleff, Distrikt Heselberg,
Joh. Koppe, Unter den Eichen 2,
Heinr. Müller, Platter Straße 84,
Phil. Müller, am Südfriedhof,
Peter Röhrig, Inh. Louis Röhrig, am Südfriedhof,
Ludwig Roos, am Südfriedhof,
Friedr. Singer, Platter Straße 128,
Jos. Schreiber, 110,
Herm. Stock, an der Schützenstraße,
H. O. Zimmermann, Platter Straße 166.

Salons

für

Schönheits- und Haarpflege

G. Dette
Michelsberg 6.

Elektrische, Hand-,
Vibrations- u. Kopf-
Massage
bei Haarausfall etc.

Gesichts-Massage,
Gesichts-Dampfbäder
Rot- u. Blaulichtbe-
strahlung bei Haut-
unreinigkeiten, Mit-
esser, Pickel etc.

Manicure
Haarfärben
mit Henne Spez. d.
Hauts. Nur erstkl.
erste Bedienung



Damenschneider Chr. Wagner
Taunusstraße 27

empfehl. sich zur Anfertigung von Kostümen,
seidenen und leinenen Kleidern, sowie Modernisieren
bei bester Ausführung zu soliden Preisen.

Ladelllos erhaltene Ladeneinrichtung

bestehend aus Regalen, Kartons, Thelen, Büro-
schlüssel usw., preiswert zu verkaufen. Anzusehen
im Lagerhaus J. G. Adrian.

Holländische Guppenhühner

eingetroffen
am
Freitag von
6 u. 7 Uhr.

W. Geyer

Gratenstraße 3,
nahe der Marktstraße.
Telephon 403.

Hauben- Netze

Stück 1.30 Mk.
Dette, Michelsberg 6.

Büfett

müßb., Kredenz mah., hochf.,
mit Spieg., Schloß, Divan
mit 2 beg. Sesseln, Trumau-
bügel, Kücheneint. u. alle
Art. Möbel. Ad. Reimer,
Kirchgasse 62, Lager Hoch-
Räutenstr. 16 u. 17.

Beamten u. Angestellten
hier, erkl. d. Wäsche-
herren-Garderobe
Damen-Rostume

zu sol. Preisen u. ful. Be-
dingungen. Näheres durch
H. Köhler, Schloßbach 137.
Kaina.

Welcher Zahnarzt
oder Dentist wäre so edel-
denkend, einem gebildeten
jungen Mann, 25 J. alt, d.
b. die lange Dauer d. Krieges
gew. wurde einen anderen
Beruf zu ergreifen, möglichst
schnell d. Zahnpraxis zu erl.
Operat. Kenntnisse vorhanden.
Off. u. 2. 714 Tagl.-Berlag.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.

Am 1. April: Walter Karl
Bälows, 80 Jahre; Schneider
Johannes Dörhöfer, 66 J. —
2.: Küstermeister Wilhelm Stuhl-
mann, 61 J.; Kaufmann Eduard
W. 61, 60 J.; Witwe Luise
Höhne geb. Müller, 62 J.; Tag-
elchner Robert Gahl, 68 J.;
Witwe Clara Vaber geb. Hubert,
77 Jahre.

Meine Verlobung mit Frl. Dr. med.
Hilde Feyerabend, Assistenzärztin
am städtischen Krankenhause Wies-
baden, beehre ich mich ganz ergebenst
anzuzeigen.

Walter Lichtschlag

Assistenzarzt am städt. Krankenhaus
Wiesbaden.

Wiesbaden, 3. April 1919.

Heute entschlief sanft nach langem,
mit großer Geduld ertragenem Leiden
mein lieber, guter Mann, unser treu-
sorgender Vater, Großvater, Bruder,
Schwager, Onkel, Cousin und Nefte

Jean Dörhöfer

im Alter von 55 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Rath. Dörhöfer, geb. Kaiser
Meta Kleinert, geb. Dörhöfer
Albertine Kleinert.

Beerdigung Freitag nachm. 4 1/4 Uhr
auf dem Südfriedhof.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 6 Uhr entschlief sanft mein
innigstgeliebter Mann, mein lieber, treu-
sorgender Vater, unser guter Bruder,
Schwiegerohn, Schwager und Onkel, der

Küstermeister

Wilh. Stuhlmann

nach langem, schwerem Leiden im 52. Lebens-
jahre.

In tiefer Trauer:

Charlotte Stuhlmann,
geb. Reichmann.

Wilh. Stuhlmann.

Wiesbaden, Diebststraße 40, Armfeld,
Bad Wildungen, Dortmund,
den 2. April 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, den
5. April 1919, um 3 1/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Südfriedhofes aus statt.

Statt besonderer Anzeige.



Am 2. April, vorm. 9 Uhr,
entschlief sanft nach schwerem
Krankheitslager, an den Folgen
eines Lungenleidens, welches
er sich im Felde zugezogen
hatte, mein innigstgeliebter Mann, mein
guter, treusorgender Vater, Schwiegervater,
Bruder, Schwager und Schwiegersohn

Eduard Moeckel.

In tiefer Trauer:

Frau Elisabeth Moeckel,
geb. Strasburger

Lotte Moeckel
Otto Matzenbach

Familie San-Rat Dr. med.
Georg Moeckel

Familie Ernst Gail
Frau Charlotte Strasburger.

Wiesbaden, Querfeldstr. 5, 1, Kirn (Nahe),
Eisenach, Bleibich (Rh.), 3. April 1919.

Trauerfeier und Einäscherung finden am
Montag, den 7. April, vormittags 11 Uhr,
im Krematorium zu Mainz statt.

Kondolenzbesuche dankend verboten.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme beim Hinscheiden meines unvergeß-
lichen Mannes, unseres lieben, guten Vaters,
sowie für die zahlreichen Blumenpenden
sagen wir allen, ganz besonders der Firma
Ritzel & Henneberg, den Beamten und
Arbeitern für den schönen Nachruf, den
barmherzigen Schwägern für die liebevolle
Pflege, insbesondere Herrn Pfr. Kortheuer
für seine trostreichen Worte am Grabe und
allen, die mir während seiner Krankheit
hilfreich zur Seite standen, meinen innigen
Dank.

Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Josephine Stein,
geb. Dörsch.

Wiesbaden, den 2. April 1919.
Reichstraße 11.

Nach einem arbeitsreichen Leben starb
heute nach längerer Krankheit unsere
sorgende Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Schwester und Tante

Frau Luise Höhne Wwe.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, den 2. April 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag
vormittags 10 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des alten Friedhofes aus statt

Küster-Zwangs-Innung.

Am 2. April verschied unerwartet unser
Vorstandsmittglied

Wilhelm Stuhlmann.

Die Beerdigung findet Samstag, 5. d. M.,
nachm. 3 1/4 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.
Wir bitten höflich um zahlreichste Teilnahme.
Wiesbaden, 3. April 1919. Der Vorstand.

Dankagung.

Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme an dem uns betroffenen
herben Verluste unserer lieben

Helene

sagen innigen Dank

Familie Franz Schmitt.

Wiesbaden, den 3. April 1918.

Blücherstr. 15, 1.

Statt besonderer Dankagung.

Herzlichen Dank

für die Anteilnahme zu dem uns be-
troffenen unersehbaren Verlust; ins-
besondere auch Herrn Pfarrer Bedmann
für die trostreichen Worte und die
seitens des Militärvereins dem Ent-
schlafenen erwiesene letzte Ehre.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Frau Maria Krombach Wwe.
geb. Rülzer.

Wiesbaden, Al. Schwalbacher Str. 5, 1,
den 2. April 1919.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unseres lieben

Heinrich Eisenmenger

sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten
Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Führer-Melchior.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unseres lieben
Verstorbenen, sowie für die vielen Kranz-
und Blumenpenden, sagen herzlichsten Dank

Im Namen

der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Elisabeth Mägling.

3. April, den 3. April 1919.

Sonder-Angebot!

Eine große Anzahl
NachmittagskleiderElegante Modelle
aus Crêpe de chine, Seiden-Gabardine
Tussor, Taffel etc.

J. Bacharach

4 Webergasse 4.

per Stück
350 Mk., 450 Mk. u. 550 Mk.Wiesbadener Ausschanklokale der
**Bayerischen
Aktien-Bierbrauerei
Aschaffenburg:**Bayerische Bierhalle, Adolfstraße 3
Stadt Aschaffenburg, Grabenstraße 28
Restauration Roch, Kirchgasse 13.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit Heutigem eröffne ich in der **Oranien-**
straße, Ecke Albrechtstrasse, ein**Friseur-Geschäft.**Meine werte Nachbarschaft, sowie Freunde
und Bekannte bitte ich mein Unternehmen
gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

H. Frisch, Friseur.**WEIN-ETIKETTEN**In einfachster bis zur feinsten Ausführung stets am
Lager, sowie jede Art von**DRUCK-ARBEITEN**fertigt in kürzester Frist bei mäßiger Berechnung:
Buch- und Steindruckerei**W. Göhringer, Wiesbaden, Helenenstr. 14.**

Bekanntmachung!

Alle Hausfrauen, die darauf bedacht
sind, stets eine blendend weiße Wäsche
zu erhalten, verwenden nur noch

Schmitz-Bonn's

Wasch- u. Bleichhilfe

Garantiert unschädlich.

Endgültig genehmigt vom Kriegaus-

schuss unter Nr. 2503.

In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.

Alleinige Hersteller:

Schmitz-Bonn Söhne

chem. Fabrik Düsseldorf-Relsholz.

Industriels, commerçants.

Transactions rapides avec la France.

Agence commerciale des pays Rhénans,
WIESBADEN, Kranzplatz 5.

Bureau 9—11 et 15—17 heures.

Fabrikanten, Kaufleute.Schnellste Geschäftsvermittlung mit Frankreich
durch **Import — Export****Agence commerciale des pays Rhénans,**
WIESBADEN, Kranzplatz 5.

Bureau 9—11, 3—5 Uhr.

Gratistage!

Auf vielseitigen Wunsch geben wir Jedem, der sich

bis 15. Aprilganz gleich in welcher Preislage, auch
bei Postkarten, eine Aufnahme bestellt,**Ganz umsonst**

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes, 30×36 cm, mit Karton

Geschäftsprinzip

Für wenig Geld eine
gute Photographie.Nur erstklassige
Materialien
und Arbeitskräfte.Garantie für
Haltbarkeit unserer
Bilder.**Samson**&
Cle.
G. m.
b. H.Phot. Atelier und Vergrößerungs-
Anstalt m. billigen Preisen.
Gr. Burgstr. 10 (Fahrtstuhl).

Sonntags nur von 9-2 Uhr geöffnet

12 Postk. von
12 Visites 3.90 anAlle
anderen Formate,
trotz Teuerung,
äußerst
billig**Haarbehandlungen****Starker Haar-Ausfall****Haar-Leiden**

werden in kurzer Zeit beseitigt

3 Webergasse 3, I. Etage,

neben Nassauer Hof.

P. Seiffert

Durch Gelegenheitskauf eines großen Postens

Uhren

wahrend als

Konfirmations-Geschenke

verkaufe, so lange Vorrat reicht, zu billigen Preisen.

J. Mößinger, Webergasse 28.**Achtung!**Es werden noch Sohlen u.
Nied. u. Nedor. aus prima
Kernleder angen. Anfert.
nach Maß bei Schmitt.
Schuhmachermitt., Nord-
straße 16, Stb. 1 St.Nähmaschine
zu verkaufen. Schlegelmilch,
Schachstr. 23, 1 l.**Kaufmännischer Verein von 1858**

Bezirk Wiesbaden.

Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir
unter Vereinslokal von dem Wartburg-Restaurant
nach dem Hotel Einhorn Waffelstr. 32 verlegt haben.
Unsere regelmäßigen Vereinsabende finden
wie bisher jeden Freitag abend 7 1/2 Uhr im
Restaurant Einhorn statt. Beitrittsanmeldungen
und Auskünfte belieben.

Mit Vereinsgruß! Der Vorstand.

la Zitronen- u. Apfelsinen-ÖlessemAnis, Zimt, Vanille, Nelken,
Koriander, Pfefferminz u. a.**Drogerie Backe, Taunusstraße 5.****Zahn-Atelier
Rudolf Hohn**

Sprechstunden

Schierstein
Wilhelmstr. 17
von 9—12.Wiesbaden
Kirchgasse 20
von 2—6.Moderne schmerzlose Zahnbehandlung
und Zahnziehen.

Nicht sichtbare, haltbare Zahnfüllungen.

Naturgetreuer Zahnersatz
mit und ohne Gaumenplatte.Festsitzende Goldbrücken, Goldkronen
und Stützähne.

— Mäßige Preise. —

Demnächst eintreffend:

Pfeffer, Zimmt, Gewürze, Te

in grösseren Posten. Kaufangebote an

**Agence commerciale
des pays Rhénans**

Wiesbaden

Kranzplatz 5.

Posten Baumwoll- u. Leinenstoffe

30 000 Arbeiteranzüge, blau Leinen, la Qualität.

Kaufangebote, per 500 mindestens, an

Agence commerciale des pays Rhénans,
Wiesbaden, Kranzplatz 5.**Nachttöpfe**

Tassen, Teller (tief u. flach) wieder eingetroffen

Julius Mollath, Schulberg 2.**Feinste Fußbodenlackfarbe**

per kg. Dose 6.50,

la Bodenwachs, gelb u. weiß

1/2 Dose 5.50,

Erda-Schuhcreme

1 Dose 60 Pf., bei 3 Dosen 1.70.

Franz Spielmann Nachf.,

Schwarzhofstraße 12.

Telephon 24

Am Freitag, den 4. d. M.,

findet ein großer Transport Kleinpreiiger

**Hannoveraner Ferrel**

zum Verkauf.

auch größere und kleinere Käufer.

Heinr. Herziger, Viehhandlung

Schierstein. Telephon Viebrich 207.

Weißtraut

frisch eingetroffen

per Pfund 40 Pf.

Alle anderen Gemüse billig.

E. Riegel, Friedrichstraße 41.

400 Zentner prima holländ.

Weißtraut

Pfd. 37 Pf., 3tr. M. 35.—

eingetroffen in den Verkaufsstellen von

Adolf Harth.